

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sandra Stein, Dr. Alaa Alhamwi, Dr. Sandra Detzer, Julian Joswig, Michael Kellner, Claudia Müller, Dr. Ophelia Nick, Sylvia Rietenberg, Katrin Uhlig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk

Der deutsche Mittelstand steht zunehmend unter Druck. Während Medienberichte über Stellenabbau in großen Industrieunternehmen in den letzten Monaten stetig zugenommen haben, vollzieht sich der Stellenabbau in Mittelstand und Handwerk größtenteils geräuschlos, obwohl ca. 53 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Unternehmen arbeiten (www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-einzelnen/beschaeftigte_siehe_auch_www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Mittelstandsatlas/Mittelstandsatlas-2024/KfW-Mittelstandsatlas-2024.pdf). So wurden beispielsweise in der Branche des Groß- und Außenhandels, die traditionell von mittelständischen Unternehmen geprägt ist, kürzlich mehr als 43 000 Stellen abgebaut (Konjunktur: BGA – Großhandel verliert 43 000 Jobs in einem Jahr; www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-bga-grosshandel-verliert-43000-jobs-in-einem-jahr/100151956.html).

Auch die zunehmende Zahl an Unternehmensaufgaben – sowohl im Mittelstand als auch im Handwerk – wird kaum thematisiert. Einer KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)-Studie zufolge planen für die Jahre 2024 und 2025 rund 60 000 Handwerksbetriebe und mit diesen insgesamt 231 000 mittelständische Unternehmen, ihre Betriebe zu schließen – darunter etwa 21 000 Handwerksunternehmen und mit diesen insgesamt 43 000 mittelständische Betriebe, die aufgrund gescheiterter oder fehlender Nachfolgeregelungen ihren Betrieb einstellen mussten (www.deutsche-handwerks-zeitung.de/nachfolger-vergeblich-gesucht-mittelstand-droht-stilles-sterben-357628/).

Dieses als „stilles Sterben“ bekannte Phänomen beschreibt den schleichenden Rückzug von Unternehmen, die aufgrund struktureller Mängel wie der fehlenden Nachfolge, steigender Bürokratie oder Fachkräftemangel nicht mehr konkurrenzfähig sind. Anders als bei großflächigem Stellenabbau oder Insolvenzen bleibt dieser Prozess häufig im Verborgenen und wird erst dann wahrgenommen, wenn die Lücken in der Wirtschaft bereits spürbar sind.

Angesichts der großen Bedeutung des Mittelstands für Arbeitsplätze, dezentraler Wirtschaftsstrukturen und des Erhalts von Strukturen in ländlichen Räumen – die besonders stark unter Druck stehen – ist es auch nach Ansicht der Fragestellenden dringend erforderlich, dieser Entwicklung mit gezielten Maßnahmen entgegenzuwirken und diese Regionen gezielt zu stärken.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen (bis 250 Mitarbeitende) in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren abgebaut worden sind (bitte nach Jahren, Branchen, Unternehmensgröße, Bundesland und Grad der Ländlichkeit nach Thünen-Typologie aufgeschlüsselt listen)?
2. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele Arbeitsplätze in Handwerksbetrieben in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren abgebaut worden sind (bitte nach Jahren, Branchen, Unternehmensgröße, Bundesland und Grad der Ländlichkeit nach Thünen-Typologie aufgeschlüsselt listen)?
3. In welchen Branchen und Bundesländern ist der Stellenabbau besonders stark, und welche Gründe sieht die Bundesregierung hier, und wie wird sie mit welchen konkreten Maßnahmen gegensteuern?
4. Wie viele Unternehmensaufgaben, die nicht auf eine Insolvenz zurückzuführen sind, gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren
 - a) unter deutschen mittelständischen Unternehmen,
 - b) unter deutschen Handwerksbetrieben,(bitte nach Jahren, Bundesland und Branche aufschlüsseln)?
5. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele kleine, mittlere und Handwerksbetriebe in den letzten zwei Jahren von Großbetrieben aufgekauft wurden (bitte nach Jahren und Branchen aufschlüsseln)?
6. Wie viele Insolvenzen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung unter mittelständischen und Handwerksbetrieben in den vergangenen zwei Jahren (bitte nach Jahren, Bundesland und Branche aufschlüsseln)?
7. Welche Erklärungen liegen der Bundesregierung vor zu den Unterschieden bei Betriebsaufgaben zwischen ländlich und urban geprägten sowie zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen Deutschlands?
8. Worin sieht die Bundesregierung allgemein die Gründe für steigende Unternehmensaufgaben im Mittelstand und im Handwerk?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob der in Deutschland vorherrschende Fachkräftemangel zu einem verdeckten Stellenabbau führt?
10. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für Deutschland, wenn der Trend zu Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk anhält?
11. Welche Auswirkungen auf die Resilienz der deutschen Wirtschaft erwartet die Bundesregierung, wenn der Trend zu Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk anhält?
12. Welche konkreten Maßnahmen plant oder prüft die Bundesregierung, um Unternehmensaufgaben bei mittelständischen und Handwerksbetrieben im Allgemeinen zu verhindern?
13. Welche Maßnahmen plant oder prüft die Bundesregierung, um Unternehmensaufgaben gezielt in ländlichen Regionen zu verhindern?
14. Gibt es Pläne, ein bundesweites Monitoring- oder Frühwarnsystem einzurichten, um stille Betriebs- und Stellenverluste besser zu erfassen?

15. Wann plant die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf für die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Rechtsform der Gesellschaft mit gebundenem Vermögen vorzulegen?

Berlin, den 3. März 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

